

## ein Aufruf

**1920** wurde eine Jahrhundert-Aufgabe umgesetzt: Berlin wuchs rasant und breitete sich unkontrolliert aus. Das intensiv verflochtene Umland bestand aus vielen (Groß-)Städten, Kreisen und Gemeinden mit ihrer je eigenen Politik. Zersplitterung und Egoismus erschwerten die Wahrnehmung elementarer Daseinsvorsorge. Die Lösung damals war die Einheitsgemeinde (Groß-)Berlin: eine erweiterte Kulisse für die Politik der Entwicklung des Verdichtungsraums Berlin aus einer Hand, nämlich der Stadtregierung und ihrer Gliederungen. Das ist das zentrale Ereignis 1920 gewesen. Damit erst war es möglich, dringende und wegweisende Reformen zu realisieren, was Wohnen, Verkehr oder Grünflächen betraf.

**2020** haben wir es mit vergleichbaren Herausforderungen zu tun: Berlin wächst und breitet sich aus; der Verflechtungsraum des Alltags- und Wirtschaftslebens reicht weit über die Stadtgrenzen hinaus. Wohl gibt es heute zu vielen Einzelthemen Verträge und andere Regeln für die Zusammenarbeit, aber wiederholt ist festzustellen, dass Grenzen und Zuständigkeiten der Bundesländer Berlin und Brandenburg, von Landkreisen und Kommunen eine koordinierte und verbindliche Politik erschweren. Eine neue zeitgemäße Strukturierung von Aufgaben, Akteuren und Kulissen für den Verdichtungsraum Berlin steht dringend auf der Tagesordnung. Für die Metropolregion Berlin-Brandenburg konstatieren wir das Defizit einer organisierten gemeinsamen Willensbildung, verbindliche gemeinsame Ziele und das Bewußtsein ihrer Umsetzung. Wir fordern ein kooperatives Management, das alle wesentlichen Aufgabenbereiche, auch über die Flächenwidmung der Gemeinsamen Landesplanung hinaus erfasst (Politik aus einer Hand), dafür Umsetzungskompetenz schafft, den gesamten Raum betrifft, klare Verantwortlichkeiten benennt und bürgerschaftlich legitimiert ist. Der dafür notwendige Diskurs muss gestartet werden.

Für eine stadregionale Entwicklungspolitik stehen unterschiedliche Konzepte und Modelle zur Verfügung. Was Verbindlichkeit und Aufgabenspektrum angeht, gibt es in den deutschen Metropolregionen deutlich anspruchsvollere Lösungen, als sie derzeit in unserer Metropolregion praktiziert werden. Von ihnen und aus den eigenen Erfahrungen wäre zu lernen. Lösungen in anderen Metropolregionen müssen auf ihre zielführende Tauglichkeit für Berlin und Brandenburg überprüft werden.

Wir fordern die beiden Landesregierungen auf, einen Klärungsprozess in Gang zu setzen, an dessen Ende die Schlussfolgerung für eine regionale Organisationsstruktur für die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg stehen sollte. Dieser Klärungsprozess muss die kommunale Ebene und auch die Zivilgesellschaft beider Länder einbeziehen. Wir bieten an, bei der Konkretisierung dieses Arbeitsprozesses mitzuwirken. Es geht um einen ergebnisoffenen Klärungsprozess. 100 Jahre nach der Schaffung von Groß Berlin sind wir Heutigen es der Region jedoch schuldig, die für unsere Zeit und unsere Zukunft beste Organisiertheit der Region zu prüfen, zu entscheiden und zu installieren. Das Format dafür könnte ein Forum „*Von Groß-Berlin zur Metropolregion Berlin-Brandenburg*“ sein.